

Die Terror-Connections des MfS

Als Anfang Juni letzten Jahres die ersten RAF-RuheständlerInnen in der DDR aufzogen, herrschte bei vielen Linken ungläubiges Erstaunen. Wer hätte das von der DDR gedacht, die stets so kategorisch alles Linksextreme als Werk des Klassenfeinds und der imperialistischen Geheimdienste verteuftelnde hatte? Ausgerechnet dieser spezialisierte Ordnungsstaat, dem man solche Eskapaden jenseits der außenpolitischen Respektabilität wahrlich nicht zugehört hätte. Linksradikale konnten sich eine verspätete Anerkennung angesichts dieser unbürokratischen humanitären Aktion nicht versagen. Auf der anderen Seite bekundete die Volkskammerfraktion der PDS ihre „einhellige Empörung“. „Daß diese unter dem dringenden Verdacht schwerster Verbrechen stehenden Personen sich hierzulande der gerechten Verurteilung und Bestrafung entziehen konnten, widerspricht jeglichem Empfinden von Moral und Rechtsstaatlichkeit und ist auf das Schärfste zu verurteilen.“ Alle „an dem ungeheuerlichen Vorgang Beteiligten“ müßten „zur Verantwortung gezogen werden“. (Presseerklärung vom 17. Juni 1990)

Sieben Haftbefehle

Das war einer der wenigen Fälle, in denen die PDS mit ihren Forderungen nicht völlig erfolglos blieb. Unmittelbar nach einer Sendung des WDR-Magazins „Monitor“ Ende März dieses Jahres, in der eine Reihe neuer Fakten oder Behauptungen über die Stasi-RAF-Connection bekannt gemacht wurden, gab es sieben Haftbefehle wegen Beihilfe zum Mordversuch und zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion. Fünf Stasi-Funktionäre wurden in Untersuchungshaft genommen, einer hatte sich um angeblich unbekanntem Aufenthaltsort abgesetzt, und der siebente Haftbefehl richtete sich gegen den ohnehin schon aus anderen Gründen inhaftierten MfS-Chef Erich Mielke.

Neben Mielke handelte es sich um folgende Personen:

Generalleutnant Neiber, einer der vier Stellvertreter des Ministers Mielke. Ihm soll die Hauptabteilung XXII (Terrorabwehr) bzw. deren Vorläuferin direkt unterstellt gewesen sein, die als federführend für die Verbindung zur RAF gilt.

Oberst Dahl, Leiter der Abt. XXII. Oberst Jäckel, sog. „Stellvertreter operativ“ des Abteilungsleiters, als solcher direkt verantwortlich für die „operativen Einsätze“.

Hauptmann Zaumseil und Oberstleutnant Ploman, Funktionäre in der Abteilung.

Oberstleutnant Voigt, der unmittelbar mit den Kontakten zur RAF befaßt war. Er konnte sich der Vollstreckung des Haftbefehls entziehen. Sein „unbekannter Aufenthalt“ war allerdings für den „Spiegel“ und andere Medien kein Geheimnis. Sie fanden in Voigt einen entgegenkommenden Plauderer. Die sonst von niemandem vertretene These, das MfS habe die RAF-Leute auch zur Spionage benutzt, stammt von Voigt.

Gesprächs- und auskunftsfreudig gegenüber Journalisten und Amtspersonen ist auch Oberst Franz. Gegen ihn erging kein Haftbefehl, obwohl er seit 1980 Stellvertreter des Abteilungsleiters Dahl gewesen war und mit „operativen Vorgängen“ anscheinend direkt befaßt war.

Die sieben Haftbefehle vom März waren mit dem Vorwurf begründet, unter Verantwortung dieser Funktionäre seien Mitglieder der RAF in der DDR an Waffen und Sprengstoff ausgebildet worden. Was zunächst wie eines der ungläubigen alten Propagandamärchen vom „Hort des Terrorismus“ klang, muß nach den sehr ausführlichen Angaben des Gefangenen Helmut Pohl wohl als wahr unterstellt werden. (Interview in der „Frankfurter Rundschau“ vom 2. Juli)

Demnach hat das MfS die Gespräche, die sich ab 1978/1979 im Zusammenhang mit der Übersiedlung von AussteigerInnen in die DDR ergaben, für die Entwicklung regelmäßiger Kontakte benutzt. Politischer Meinungsaustausch über gegenseitig interessierende Fragen, wie man das in der DDR nannte. Teils wohl mit dem Zweck, die RAF-Leute „abzumelken“, also mit ihrer Hilfe zu einer genaueren Einschätzung dieser speziellen Szene zu kommen. Teils wohl auch aus einer spielerischen Freude am intellektuellen Diskurs, wie er in Stasi-Reihen anscheinend durchaus vorhanden und im Rahmen der DDR nicht vollauf zu befriedigen war. Teils wahrscheinlich auch mit dem Vorsatz, die „jungen Leute“ vom falschen Weg abzubringen. Wie Pohl berichtet, wurden die Gespräche durch das plötzliche Agitieren der Gegenseite schließlich immer unerfreulicher. Die RAF habe des-

halb die Kontakte im Frühjahr 1984 abgebrochen.

Pohl bestätigt, daß im Rahmen dieser Gespräche auch Waffenübungen stattgefunden hätten. Entscheidend scheint aber die Frage nach deren Zeitpunkt zu werden. Die Haftbefehle vom März beruhen auf der Behauptung, die Übungen hätten im Frühjahr 1981 stattgefunden. Sie wären dann als Vorbereitung und Beihilfe zum Sprengstoffanschlag von Ramstein (31. August 1981) und zum Anschlag gegen den US-General Kroesen bei Heidelberg (15. September 1981) interpretierbar. Pohl hat sich im Interview mit der FR aber ganz klar darauf festgelegt, daß die Übungen erst im Frühjahr 1982 stattfanden. Das gleiche sagen die MfS-Funktionäre aus.

Im August hat daraufhin der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs die sieben Haftbefehle vom März aufgehoben. Es sei bisher nicht nachgewiesen, daß die Übungen vor den beiden Anschl-



gen stattgefunden hätten. Fünf Beschuldigte wurden aus der U-Haft entlassen, Voigt befand sich ohnehin auf freiem Fuß, und gegen Mielke bestehen noch zwei andere Haftbefehle. Die Stasi-Funktionäre könnten nun, was die RAF-Connection angeht, allenfalls noch wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung angeklagt werden. Dies Delikt wäre an sich verjährt; es wird aber darüber diskutiert, die Verjährungsfrist für Taten von DDR-BürgerInnen erst mit der „Wende“ beginnen zu lassen, also ab dem Zeitpunkt, wo sie für westdeutsche Justizorgane greifbar wurden. In jedem Fall paßt die sieben Haftbefehle sehr gut in die Strategie des BRD-Apparats, beispielhaft hochrangige MfS-Funktionäre in die Zange zu nehmen und zugleich die Masse ehemaliger Stasi-Bediensteter unter permanentem Angstdruck zu halten, um sie ausagebereit zu machen.

Erstaunlich bleibt die Liaison des MfS mit der RAF allemal. Daß man politische Debatten führte und die Gegenseite ein bißchen auszuhorchen versuchte, mag immerhin erklärbar sein. Rätselhaft bleibt, daß ein so sorgsam und verbissen auf internationale Reputierlichkeit bedachter Staat seinen Sicherheitsbeamten Freiraum für Waffenspielerien gab, die sehr viel Ärger hätten machen können, falls sie aufgefliegen wären. Voigt hat das dem „Spiegel“ gegenüber damit erklärt, daß man aus diesen Übungen Erkenntnisse gewinnen wollte, um terroristische Anschläge gegen führende Repräsentanten der DDR besser abwehren zu können.

Theorie und Praxis

„Der Hauptstoß des Terrorismus richtet sich gegen den Sozialismus und dessen internationale Beziehungen, die Arbeiterbewegung und andere progressive Bewegungen in den imperialistischen Ländern selbst, nationale Befreiungsbewegungen und national befreite Staaten vor allem sozialistischer Orientierung — kurz gesagt gegen die DDR und deren Verbündete.“

Der Terrorismus versucht, seine Handlungen auf das Territorium der sozialistischen Staaten auszudehnen. Dazu gehören Versuche zur Inspirierung von Terror- und anderen operativ bedeutsamen Gewalttaten ebenso wie Versuche zur Schaffung logistischer Basen. Auch in diesem Bemühen zeigt sich die objektive Übereinstimmung mit jenen imperialistischen Kreisen, die den Terrorismus gerne in den Sozialismus hineinragen möchten, bzw. die unverändert nach Möglichkeiten suchen, den Sozialismus der Urheberschaft des Terrorismus zu bezichtigen. Darauf sind erhebliche Machtpotenzien der imperialistischen Staaten gerichtet. Auf diese Versuche muß deshalb mit der ganzen Kraft der sozialistischen Gesellschaft reagiert werden.“

So wurde es Stasi-Leuten vor einigen Jahren von der Hochschule des MfS eingepaukt. Das Zitat entstammt einem Schulungsmaterial zum Thema „Wesentliche Aspekte einer sicherheitspolitischen Einschätzung des Terrorismus als Grundlage für dessen konsequente Bekämpfung“. Trotz ihres völlig allgemein gehaltenen In-

halts wurde die auf Januar 1987 datierte Ausarbeitung als „Vertrauliche Verschlussache“ deklariert.

Auf 39 Seiten wurde damals den MfS-Kadern die Schädlichkeit „aller Spielarten“ des Terrorismus für die Sicherheitsinteressen der DDR vor Augen geführt. Auch wenn man den Terrorismus differenziert betrachten müsse, sei er doch ganz generell „Ausdruck und Resultat imperialistischer Verhältnisse“ und habe seine „grundsätzliche Funktion innerhalb der imperialistischen Politik“.

Besonderer Wert wurde darauf gelegt, die Gefährlichkeit jeder Zusammenarbeit mit terroristischen Gruppen zu betonen. Auch Terroristen aus dem linksradikalen Spektrum seien, trotz partieller ideologischer Übereinstimmungen, „keineswegs als Verbündete des Sozialismus zu betrachten“. Daß solche Kräfte eventuell „gefühlsmäßig mit Sympathie gesehen werden“, dürfe dennoch „zu keinen Illusionen führen“.



Hauptargument für diese Warnung: „Wie der Terrorismus insgesamt, ist auch diesen ‚linke‘ Spielart in hohem Maße durch Unberechenbarkeit gekennzeichnet.“ Das ergebe sich erstens „aus den ideologischen Positionen und der sozialen Herkunft“ linker Terroristen. Zweitens aber auch aus der „heimdienstlichen Unterwanderung“: „Terroristische Aktionen sind auf vielfältige Weise mit der subversiven Tätigkeit imperialistischer Geheimdienste verknüpft.“ (...). Wie kaum ein anderer gesellschaftlicher Bereich ist der Terrorismus mit Agenten, V-Leuten und Geheimdienstmitarbeitern durchsetzt.“

„Außerordentliche sicherheitspolitische Gefahren“ für die DDR seien damit verbunden, „daß aus dem Verständnis vom Sozialismus als vermeintlichem Verbündeten gegen die USA das Territorium sozialistischer Staaten, deren Einrichtungen oder Bürger als logistische Basis mißbraucht werden könnten.“ Das würde der „antisozialistischen Massenmanipulation gut ins Konzept passen“, würde die DDR als „Hort des Terrorismus“ angreifbar machen, und könnte von reaktionären Kreisen im Westen benutzt werden, um „Anlässe zum Abbruch der Dialogpolitik zu schaffen“.

Praktische Schlussfolgerungen? An diesem Punkt blieb das Papier auffallend allgemein und scheinbar banal: Der Terrorismus muß ständig im Blickfeld bleiben. Alle Faktoren, die den Terrorismus verursachen und begünstigen, müssen ständig analysiert werden. Der Terrorismus als Mittel im Klassenkampf muß eindeutig und massenwirksam abgelehnt werden. Die politisch-ideologische Einflussnahme ist ein sehr wichtiger Weg zur Bekämpfung des Terrorismus. Die DDR muß sich an internationalen Aktivitäten zur Verhinderung bzw. Eindämmung terroristischer Aktionen aktiv beteiligen. Gewaltbereite Personen in der DDR, insbesondere Ausländer, müssen zuverlässig kontrolliert werden. Die gesetzlichen Bestimmungen der DDR müssen konsequent eingehalten werden.

„Neues Denken“ auch im MfS?

Auf den ersten Blick unterscheidet sich diese Ausarbeitung kaum von den bekanntesten Standards der vehementen Polemik, die in Leitartikeln und Broschüren der SED gegen Linksradikalismus und (linken) Terrorismus geübt wurde. Auf den zweiten Blick drängt sich die Frage auf, wozu in einem Schulungspapier der MfS-Hochschule scheinbare Selbstverständlichkeiten betont werden mußten. Inzwischen kann als erwiesen gelten, daß im Bereich der DDR-„Staatsicherheit“ zumindest mehrere Jahre lang erstaunliche Dinge gelaufen sind, die mit den öffentlich bekundeten Positionen der SED eigentlich unvereinbar waren. Insofern könnte das eben zitierte MfS-Schulungsmaterial auch als Ausdruck einer Umorientierung aufgefaßt werden, die etwa zu dieser Zeit erfolgt sein dürfte.

Es fällt auf, daß an zentraler Stelle des Schulungspapiers ein Zitat von Gorba-

tschow plazierte ist. Es stammt aus seiner Rede auf dem 27. Parteitag der KPdSU (Februar 1986) und lautet: „Die UdSSR lehnt den Terrorismus grundsätzlich ab und ist bereit, aktiv mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, um ihn auszumerzen.“ — Diesem kurzen Satz haben die Autoren des MfS eine Liste mit Argumenten nachgestellt, aus denen die Notwendigkeit hervorgehen soll, den Terrorismus „kompromißlos“ zu bekämpfen. Hauptpunkt: „Terroristische Aktionen könnten dazu führen, den Kampf der sozialistischen Staatengemeinschaft und aller progressiven Kräfte um Frieden, Entspannung und Abrüstung zu stören“, sowie „die Politik der friedlichen Koexistenz zu behindern“.

Anders formuliert: Einige sehr unkonventionelle, nach offiziellem Verständnis „abenteuerliche“ Elemente der MfS-Praxis gefährdeten die von der Sowjetunion ausgehende Neuorientierung in der Außenpolitik. Deshalb waren politische und kommerzielle Verbindungen ins internationale terroristische Spektrum zu kapfen, die das MfS in früheren Jahren unterhalten hatte.

Im gleichen zeitlichen Zusammenhang könnte ein diplomatischer Vorstoß der USA gesehen werden: Am 22. Mai 1987 sprach der US-Botschafter Meehan beim DDR-Außenministerium vor. Er trug einen Text vor, in dem detailliert die Zusammenarbeit zwischen Stellen der DDR und der Terror-Organisation Abu Nidals — im amerikanischen Sprachgebrauch ANO — dargelegt wurde. In der Hauptsache ging es um Geschäfte mit der zur ANO gehörenden Zibado Company, die Büros in Ostberlin und Warschau unterhielt. Hauptpartner der ANO war offenbar die zum KoKo-Bereich gehörende IMES, über die illegale Waffenkäufe und -verkäufe der DDR abgewickelt wurden. Beanstandet wurde in dem US-Protest außerdem, daß die DDR im April 1985 die militärische Ausbildung von ANO-Mitgliedern übernommen habe.

Unter Hinweis auf die dargelegten Fakten forderte die US-Regierung die DDR auf, alle Kontakte zur ANO abzubrechen und zu gewährleisten, „daß künftig keine kommerziellen Unternehmen dieser Gruppe in der DDR tätig sein dürfen.“ Die DDR sollte ferner dafür sorgen, „daß ihr Territorium durch die ANO nicht zur Durchreise, als Zufluchtsort oder für irgendeine andere Tätigkeit mißbraucht wird.“ — Falls die DDR diesen Forderungen nicht umgehend nachkommen sollte, wurde angedroht, den Sachverhalt öffentlich bekannt zu machen. Darüber hinaus könnten sich „negative Folgen für unser bilaterales Verhältnis ergeben“.

In einer Zeit, wo sich die DDR gerade mit Erfolgsaussichten um internationale Respektabilität bemühte, waren das sehr ernste Drohungen. Besonders brisant war, daß sich diese Auseinandersetzung im Vorfeld des Staatsbesuchs von Honnecker in der BRD (September 1987) abspielte. Die DDR hatte den ersten geplanten Besuchstermin aufgrund bundesdeutscher Provokationen platzen lassen. Noch einmal sollte das große Ereignis besser nicht gefährdet werden.

Aus einer internen, „streng geheimen“ Stellungnahme der Abteilung XXII (Terrorabwehr) des MfS zu den amerikanischen Vorwürfen geht hervor, daß Meehans Vorsprache im Mai 1987 schon der vierte derartige Versuch war. (Das amerikanische Papier und die Stasi-Erwidierung sind in der Juli- und August-Ausgabe des Bonner Informationsdienstes „Terrorismus“ dokumentiert.) — Im April, Mai und September 1986 waren die USA ebenfalls an die DDR herangetreten, vor allem in Zusammenhang mit dem Bombenanschlag auf die Westberliner Diskothek „La Belle“ (April 1986). Die von amerikanischer Seite der Tat Bezichtigten hatten sich angeblich mit Wissen amtlicher Stellen in der DDR aufgehalten und von dort aus „operiert“. Die DDR hatte die drei US-Initiativen 1986 lediglich als böse Verleumdungen zurückgewiesen, aber die Anfragen nicht konkret beantwortet.

Wie auf die Vorsprache Meehans im Mai 1987 reagiert wurde, geht aus den bisher bekanntgemachten Akten nicht hervor. Der Verzicht der US-Regierung auf die angedrohte öffentliche Anprangerung der DDR läßt aber die Vermutung zu, daß eine zufriedenstellende Antwort gegeben wurde.

Die interne Stellungnahme der Abteilung XXII bestätigt sehr weitgehend die amerikanischen Vorwürfe in Sachen Abu Nidal, für dessen Organisation die Stasi deren selbstgewählten Namen „Fatah-RC“ benutzte. Die Zibado hatte tatsächlich von 1984 bis 1986 in Ostberlin ein Handelsbüro unterhalten. Dessen Eröffnung sei im Februar 1984 erfolgt „auf

der Grundlage einer zwischen MfS und Führungsmitgliedern der ‚Fatah-RC‘ getroffenen Vereinbarung“. Geschäfte habe die Zibado nahezu ausschließlich mit der IMES getätigt. „Aufgrund des geringen Handelsvolumens“ sei der finanzielle Gewinn für beide Seiten gering gewesen. Über Zibado habe die DDR 4770 Maschinenpistolen „Scorpion“ plus 1 Mio. Schuß Munition geliefert. Zibado revanchierte sich, indem sie der DDR 115 britische Polizeiwaffen „Arwen“ lieferte, die diese offenbar nicht direkt beziehen konnte. Das Ostberliner Büro wurde im Dezember 1986 aufgelöst, da mittlerweile die IMES-Geschäfte mit der ANO überwiegend über deren Warschauer Filiale abgewickelt wurden.

Zum amerikanischen Vorwurf, ANO-Mitglieder seien in der DDR militärisch ausgebildet worden, gab die Stellungnahme der Abteilung XXII ebenfalls präzise Auskunft: Zwischen Januar 1984 und April 1985 hatten für mindestens zwanzig Kader der ANO in einem MfS-Objekt Lehrgänge in „Marxismus-Leninismus“ stattgefunden. In der Zeit vom 15. April bis 23. Juli 1985 wurde für elf ANO-Leute „eine spezielle Ausbildungsmaßnahme durchgeführt, in der sie zu militärischen Führungskadern entwickelt werden sollten“. Neben allerlei praktischen Fähigkeiten (beispielsweise Raketen- und Geschosswarfer-Einsatz) standen auch theoretische Themen wie „Grundsätze der Truppenführung“ und „Operativ-Taktik“ auf dem Lehrplan. Der Kurs war aufgrund von Vereinbarungen zustande gekommen, für die Abu Nidal persönlich in die DDR gekommen war. Schauplatz war „vorwiegend“ das sogenannte Objekt 74, wo auch Schießübungen der Stasi mit der RAF stattgefunden haben sollen.

Daß die Stasi nebenbei mit falschen Karten spielte, ergibt sich aus dem Schlußabsatz des Berichts: „Alle Lehrgänge wurden genutzt, um umfangreiche Angaben zur Identifizierung der Teilnehmer, wie Fotografien, Handschriftenproben, Fingerabdrücke, sowie Persönlichkeitseinschätzungen zu erarbeiten. Alle Personen wurden in der Abt. XII erfaßt und Fahndungsmaßnahmen eingeleitet.“ — Die Abteilung XII umfaßte „Zentralregistratorat und Archiv“ des MfS. Was mit den „Fahndungsmaßnahmen“ gemeint war, bleibt vorerst unklar. Möglich wäre, daß die Stasi die personenbezogenen Daten der Lehrgangsteilnehmer beispielsweise dem Sicherheitsdienst der PLO zur Verfügung stellte, vielleicht aber auch anderen Geheimdiensten.

Die mehrjährige enge Kooperation mit der Organisation Abu Nidals stellte eine der seltsamsten Episoden in der Arbeit der Abteilung XXII dar. Jeder Verweis auf Erfordernisse der internationalen Solidarität geht an diesem Punkt ins Leere. Die Aktionen der ANO hatten rein provokatorischen Charakter. Neben antijüdischen Anschlügen bestand die Haupttätigkeit der ANO in der Ermordung von PLO-Funktionären. Die PLO hat immer wieder die These vertreten, daß die ANO das Werkzeug imperialistischer Geheimdienste sei. Die Stasi selbst unterstellte — was wohl nicht von der Hand zu weisen ist — daß alle terroristischen Gruppen von Geheimdiensten infiltriert seien. Die sehr präzisen Angaben im Vortrag des US-Botschafters Meehan deuten ebenfalls auf spezielle Informationskanäle der CIA hin. Inzwischen weiß man auch, daß die Abu-Nidal-Gruppe über die gleiche obskure Bank BCCI finanziert wurde, über die auch die CIA dunkle Geschäfte abwickelte und die von der CIA stark infiltriert war.

Alles das wirft wiederum die Frage auf, warum das MfS sich auf eine derartige nicht nur außenpolitisch riskante, sondern zudem auch politisch skandalöse Liaison einließ. Eine Kooperation mit Leuten, deren Praxis erkennbar provokatorisch war und bei denen man auch ohne das Grundwissen der MfS-Hochschule mit feindlichen V-Leuten rechnen mußte. Die gleiche Frage wird sich in Bezug auf das „La Belle“-Attentat, auf das Attentat im Westberliner „Maison de France“, auf den liberal gehandhabten Status internationaler Terroristen in der DDR (ebenso auch beispielsweise in der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn) stellen. Mindestens ebenso erstaunlich und diskussionsbedürftig ist die Zusammenarbeit der MfS-Abteilung XXII mit Terroristen aus dem rechtsradikalen Spektrum, wofür bisher nachweislich die Namen Albrecht und Hepp stehen. Schade, daß die dafür Verantwortlichen diese Diskussion bisher nur gegenüber Ermittlungsrichtern, BND-Vernehmern und bürgerlichen Journalisten führen.

Kt.